Stadt Hilden

Niederschrift

**über die 18. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Rates der Stadt Hilden am
Mittwoch, 02.11.2016 um 17:00 Uhr, im Bürgersaal des Bürgerhauses, Mittelstraße 40,
40721 Hilden**

Anwesend waren:

Vorsitz

Frau Bürgermeisterin Birgit Alkenings

Ratsmitglieder

Frau Anabela Barata	SPD
Herr Manfred Böhm	SPD
Herr Christoph Bosbach	SPD
Herr Torsten Brehmer	SPD
Herr Kevin Buchner	SPD
Herr Reinhold Daniels	SPD
Frau Dagmar Hebestreit	SPD
Herr Steffen Kirchhoff	SPD
Frau Sandra Kollender	SPD
Herr Hans-Werner Schneller	SPD
Herr Jürgen Scholz	SPD
Herr Dominik Stöter	SPD
Frau Anne Kathrin Stroth	SPD
Herr Carsten Wannhof	SPD
Herr Hans-Jürgen Weber	SPD
Herr Kurt Wellmann	SPD
Frau Marion Buschmann	CDU
Herr Michael Deprez	CDU
Herr Martin Falke	CDU
Herr Fred Harry Frenzel	CDU
Herr Wolfgang Greve-Tegeler	CDU
Herr Thomas Grünendahl	CDU
Herr Christopher Monheimius	CDU
Frau Claudia Schlottmann	CDU
Herr Rainer Schlottmann	CDU
Herr Norbert Schreier	CDU
Frau Bettina Thimm	CDU
Herr Michael Wegmann	CDU
Herr Reinhard Zenker	CDU
Herr Klaus-Dieter Bartel	Bündnis90/Die Grünen
Frau Marianne Münnich	Bündnis90/Die Grünen
Frau Susanne Vogel	Bündnis90/Die Grünen
Herr Friedhelm Burchartz	Allianz für Hilden
Herr Claus Munsch	Allianz für Hilden
Herr Yannick Hoppe	FDP
Herr Rudolf Joseph	FDP
Herr Thomas Remih	FDP

Herr Markus Hanten
Herr Ludger Reffgen
Herr Prof. Dr. Ralf Bommermann
Herr Bernd Hoppe

BÜRGERAKTION
BÜRGERAKTION
AfD
AfD

Von der Verwaltung

Herr 1. Beig. Norbert Danscheidt
Frau Beig. Rita Hoff
Herr Kämmerer Heinrich Klausgrete
Herr Roland Becker
Frau Geri Schwenger
Herr Michael Witek

Ratsmitglieder

Herr Christian Gartmann
Herr Hartmut Toska
Frau Sabine Kittel

CDU
Bündnis90/Die Grünen
BÜRGERAKTION

Von der Verwaltung

Frau Gleichstellung Monika Ortmanns

Gleichstellung

Tagesordnung:

Eröffnung der Sitzung

Änderungen zur Tagesordnung

Einwohnerfragestunde

- 1 Befangenheitserklärungen
- 2 CO-Pipeline der Firma Covestro, vormals Bayer-Material Science - Sachstandsbericht
- 3 Sonstige Ratsangelegenheiten
 - 3.1 Umbesetzungen in Ausschüssen und Gremien
WP 14-20 SV 01/060
 - 3.2 Antrag zweier Aufsichtsratsvorsitzender: Informationsfahrt zu einem Gaskraftwerk in Düsseldorf
WP 14-20 SV 01/061
- 4 Angelegenheiten des Stadtentwicklungsausschusses

- 4.1 Lärmaktionsplan in Hilden:
Abhandlung der Anregungen
Beschluss über den Lärmaktionsplan der Stufe 2
WP 14-20 SV 61/093
- 5 Haushalts- und Gebührenangelegenheiten
- 5.1 Solidaritätsumlage
WP 14-20 SV 20/058
- 6 Anträge
- 6.1 Antrag der Bürgeraktion Hilden: Sicherung der Bahngleise an der Beckersheide /
Breddert
WP 14-20 SV 66/027/2
- 7 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen
- 7.1 Mitteilung des Kämmers zum Nachtragshaushalt
- 7.2 Mitteilung der Bürgermeisterin zur Einladung der Partnerstadt Nové Mesto nad
Metují
- 8 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen
- 8.1 Anfrage der AfD: Sauberkeit - Hundekot
- 8.2 Anfrage der BA: Beleuchtung Roter Weg

Um 17.30 Uhr wird eine Einwohnerfragestunde durchgeführt mit einer zeitlichen Begrenzung von 30 Minuten.

Eröffnung der Sitzung

Die Vorsitzende, Bürgermeisterin Birgit Alkenings, eröffnete die Sitzung und begrüßte die anwesenden Mitglieder des Rates, die Vertreter der Presse und die erschienenen Zuhörer. Sie stellte fest, dass die Unterlagen vollständig zugegangen seien.

Änderungen zur Tagesordnung

Änderungen zur Tagesordnung ergaben sich nicht.

Einwohnerfragestunde

Zur Einwohnerfragestunde meldete sich niemand.

1 Befangenheitserklärungen

keine

2 CO-Pipeline der Firma Covestro, vormals Bayer-Material Science - Sachstandsbericht

Bezüglich der CO-Pipeline der Fa. Covestro lagen keine neuen Informationen vor.

3 Sonstige Ratsangelegenheiten

3.1 Umbesetzungen in Ausschüssen und Gremien

WP 14-20 SV
01/060

Auf Nachfrage der Bürgermeisterin erklärte die AfD-Fraktion, entgegen der ursprünglichen Ankündigung, keine Umbesetzungswünsche zu haben.

Beschlussvorschlag:

Der Rat entsendet

auf Antrag der SPD in den

Aufsichtsrat Stadtmarketing Hilden GmbH

als stellv. stimmberechtigtes Mitglied
(anstelle von *Steffen Kirchhoff*)

Reinhold Daniels

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

Bürgermeisterin Alkenings hat sich an der Abstimmung gem. § 58, Abs. I GO NRW i. V. m. § 40, Abs. II GO NRW nicht beteiligt.

Beschlussvorschlag:

Der Rat billigt eine Informationsfahrt der Aufsichtsräte der Stadt Hilden Holding und der Stadtwerke Hilden GmbH im Rahmen einer turnusmäßigen Aufsichtsratssitzung zum neuen Gaskraftwerk der Stadtwerke Düsseldorf in Düsseldorf.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen bei 5 Enthaltungen (FDP-Fraktion, Rm. Munsch (Allianz), Rm. Hanten (BA)).

4 **Angelegenheiten des Stadtentwicklungsausschusses**

4.1 **Lärmaktionsplan in Hilden:
Abhandlung der Anregungen
Beschluss über den Lärmaktionsplan der Stufe 2**

WP 14-20 SV
61/093

Zunächst wurde ausgiebig über den Nutzen und die Durchsetzbarkeit der in der Sitzungsvorlage vorgeschlagenen „Temporeduzierung von 50 km/h auf 30 km/h (in der Nachtzeit von 22.00 bis 6.00 Uhr)“ diskutiert.

Aus dieser Diskussion heraus stellten zwei Fraktionen Anträge, die auf eine Änderung des in der Sitzungsvorlage unter Ziffer 2 abgedruckten Beschlussvorschlags abzielten.

Der ursprüngliche Beschlussvorschlag lautete:

„Der Rat der Stadt Hilden beschließt (...) den Lärmaktionsplan der Stufe 2 nach EU-Umgebungslärmrichtlinie in der als Anlage vorliegenden Form.“

Bürgermeisterin Alkenings ließ zunächst über den Antrag von Rm. Burchartz/ Allianz für Hilden abstimmen, den Beschlussvorschlag wie folgt zu ändern:

„Der Rat der Stadt Hilden beschließt (...) den Lärmaktionsplan der Stufe 2 nach EU-Umgebungslärmrichtlinie in *der als Anlage vorliegenden Form, aber ohne die Umsetzung von Tempo 30.*“

Dieser Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt bei 22 Nein-Stimmen (SPD, Grüne, BA, Bürgermeisterin) gegen 19 Ja-Stimmen (CDU, Allianz, FDP, AfD).

Anschließend ließ Bürgermeisterin Alkenings über den Antrag von Rm. Barata/ SPD abstimmen, den Beschlussvorschlag wie folgt zu ändern:

„Der Rat der Stadt Hilden beschließt (...) den Lärmaktionsplan der Stufe 2 nach EU-Umgebungslärmrichtlinie in *der als Anlage vorliegenden Form mit Tempo 30, aber ohne die Mittelbereitstellung für die Umprogrammierung der Ampeln.*“

Dieser Antrag wurde mehrheitlich angenommen bei 33 Ja-Stimmen (SPD, CDU, FDP, BA) gegen 2 Nein-Stimmen (AfD) bei 6 Enthaltungen (Grüne, Allianz, Bürgermeisterin).

Bürgermeisterin Alkenings ließ daraufhin über folgenden, unter Ziffer 2 geänderten Beschlussvorschlag abstimmen:

Geänderter Beschlussvorschlag (Änderung unter Ziffer 2 fett gedruckt):

1. Der Rat der Stadt Hilden beschließt nach Vorberatung im Stadtentwicklungsausschuss, zur Umsetzung der Lärminderungsplanung nach §§ 47 a–f BImSchG (Lärmaktionsplan Stufe 2) zu den eingegangenen Anregungen wie folgt Stellung zu nehmen:

- 1.1 Schreiben der Bezirksregierung Düsseldorf vom 04.01.2016

Die Bezirksregierung weist darauf hin, dass der Lärmaktionsplan keine eigene Rechtsgrundlage zur Durchführung von Lärmschutzmaßnahmen baulicher oder straßenverkehrsrechtlicher Art darstellt. Es sind zur Durchführung die spezialgesetzlichen Rechtsgrundlagen anzuwenden.

- Straßenverkehrsordnung (StVO)
- Allgemeine Verwaltungsvorschriften zur Straßenverkehrsordnung (VwV-StVO)
- 16. Bundesimmissionsschutzverordnung (16. BImSchV)
- Richtlinien für straßenverkehrsrechtliche Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung vor Lärm (Lärmschutz-Richtlinien-StV)
- Richtlinien zum Lärmschutz an Straßen (RLS 90)

Maßgeblich für die verkehrsrechtlichen Anordnungen ist die Berechnungsmethode gemäß RLS 90. Die VBUS Methode kann hierbei nicht herangezogen werden.

Hierzu wird wie folgt Stellung genommen:

In allen Maßnahmensteckbriefen wird unter „Voraussetzungen“ beschrieben, welche Grundbedingungen für eine mögliche Umsetzung erfüllt sein müssen. Neben der Berechnung nach RLS 90 sind auch weitere Prüfaufträge, z.B. Überprüfung der Leistungsfähigkeit und Überprüfung der Signalschaltung, aufgelistet. Daher werden die Hinweise der Bezirksregierung zur Kenntnis genommen.

- 1.2 Schreiben des Kreis Mettmann vom 11.01.2016

Der Kreis Mettmann weist darauf hin, dass die im Lärmaktionsplan der Stufe 2 untersuchten Straßen Bestandteil des bestehenden Vorfahrtsstraßennetzes der Stadt Hilden sind. Diese haben leistungsfähig zu sein und die Bedürfnisse des öffentlichen Personennahverkehrs und des Wirtschaftsverkehrs sicherzustellen. Grundsätzlich sollte auf diesen Straßen Tempo 50 km/h gelten. Wie im Schreiben der Bezirksregierung weist der Kreis Mettmann auch darauf hin, dass die Lärmaktionsplanung keine rechtliche Grundlage für straßenverkehrsrechtliche Anordnungen darstellt.

Der Kreis Mettmann stellt heraus, dass die im Lärmaktionsplan Stufe 2 untersuchten Maßnahmen an den Hauptverkehrsstraßen so vorgesehen sind, dass zunächst eine Prüfung nach RLS 90 erfolgen soll. Es wird darum gebeten, dass die Ergebnisse der Untersuchung der Fachaufsicht des Kreises Mettmann vor Umsetzung der Maßnahme zur Verfügung gestellt werden.

Hierzu wird wie folgt Stellung genommen:

In den Maßnahmensteckbriefen ist enthalten, dass vor Umsetzung der Maßnahmen zu prüfen ist, ob die die Leistungsfähigkeit und Voraussetzungen nach RLS 90 erfüllt sind. Daher

sind die geforderten Voraussetzungen des Kreises Mettmann erfüllt. Der Anregung, der Fachaufsicht die Ergebnisse der Prüfaufträge zur Verfügung zu stellen, wird gefolgt.

Anliegen des Kreisgesundheitsamtes und anderer Ämter:

Das Kreisgesundheitsamt sieht die vorgesehenen Maßnahmen als sinnvoll an und befürwortet grundsätzlich die schallmindernden Maßnahmen. Aus Sicht der Unteren Wasserbehörde, Unteren Immissionsschutzbehörde, sowie dem Liegenschaftsamt bestehen keine Bedenken.

Hierzu wird wie folgt Stellung genommen:

Diese Stellungnahmen werden zur Kenntnis genommen.

1.3 Schreiben des Landesbetriebs Straßenbau NRW vom 18.02.2016

Der Landesbetrieb Straßenbau NRW hat den Entwurf des Lärmaktionsplans zur Kenntnis genommen. Ein Einvernehmen mit den einzelnen Maßnahmen kann jedoch nicht vorausgesetzt werden. Der Landesbetrieb Straßenbau NRW verweist hier darauf, dass mögliche Anordnungen von der zuständigen Straßenverkehrsbehörde getroffen werden müssen und die Maßnahmen im Einzelfall zu prüfen sind. Hierzu ist auch der Landesbetrieb zu beteiligen und wird eine Stellungnahme abgeben.

Des Weiteren weist der Landesbetrieb Straßenbau NRW ebenfalls darauf hin, dass die Lärmaktionsplanung keine Rechtsgrundlage zur Durchführung von Lärmschutzmaßnahmen baulicher oder straßenverkehrsrechtlicher Art darstellt.

In dem Schreiben beschreibt der Landesbetrieb mögliche Folgen von verkehrsrechtlichen Anordnungen und geht auf das Ablaufverfahren zum Einbau von lärmarmen Deckschichten ein. Erst bei einer anstehenden Straßen-Deckensanierung wird geprüft, ob eine lärmarme Deckschicht eingebaut werden kann.

Der Landesbetrieb geht in dem Schreiben auch auf das Verfahren zum Einbau von Schallschutzfenstern ein und bittet, den Passus zu Schallschutzfenstern im Lärmaktionsplan abzuändern. Ein Lärmschutzfensterprogramm des Landes NRW gibt es nicht, es besteht ferner nur die Möglichkeit für Eigentümer, eine Überprüfung bei Überschreitungen der Auslösewerte nach RLS 90 zu beantragen. Ein Rechtsanspruch besteht nicht.

Ergänzend werden noch Sachverhalte zur Maßnahme K-M2-1 (Bereich Klotzstraße / Richrather Straße) erläutert. Die Maßnahme ist noch nicht terminiert und hängt von Genehmigungs- und Finanzierungsvoraussetzungen ab.

Im Bereich der A3 ist gemäß den baulichen Maßnahmenvorschlägen im Lärmaktionsplan eine Verbesserung der vorhandenen baulichen Schallschutzanlagen vorgesehen. Voraussichtlich 2018 soll ein neuer lärmarmen Asphalt eingebaut werden. Vorhandene Lärmschutzwände und Wälle sollen verbessert werden. All dies ist vorbehaltlich der Genehmigung der Planung sowie der Finanzmittel aus dem Bundeshaushalt.

Hierzu wird wie folgt Stellung genommen:

Die vorgeschlagenen Maßnahmen werden, wie in Punkt „Voraussetzungen“ der Maßnahmensteckbriefe beschrieben, im Einzelfall geprüft. In diesem Zusammenhang wird auch der Landesbetrieb Straßenbau NRW beteiligt, um ein Einvernehmen herzustellen. Geplante Geschwindigkeitsreduzierungen werden erst nach Prüfung durch die Straßenverkehrsbehörde angeordnet.

Dem Wunsch, den Passus zum Schallschutzfensterprogramm zu ändern, wird entsprochen.

Die Äußerung, dass dem baulichen Maßnahmenvorschlag zur A3 entsprochen wird, ist äußerst begrüßenswert und wird für die Lärmbelastung Hildens eine Erleichterung darstellen, wenn dann einmal eine Umsetzung erfolgt ist.

Die weiteren Hinweise werden zur Kenntnis genommen.

1.4 Schreiben der Handwerkskammer Düsseldorf vom 18.02.2016

Zu Geschwindigkeitsreduzierungen:

Generell werden Geschwindigkeitsreduzierungen im Bereich von Kindergärten, Schulen etc. begrüßt, an Hauptverkehrsstraßen wird dies jedoch kritisch gesehen. Unter anderem wird hier ein mögliches Ausweichverhalten benannt. Eine Einzelfallabwägung der Maßnahmen sollte durch die Straßenverkehrsbehörde erfolgen. Die Maßnahmen auf der Kirchhofstraße und Ellerstraße sollten gestrichen werden, da diese den Aufwand nicht rechtfertigen würden. Für die Klotzstraße / Richrather Straße und Hochdahler Straße sollten ebenfalls Prüfaufträge einfließen.

Hierzu wird wie folgt Stellung genommen:

Wie in den Maßnahmensteckbriefen aufgezeigt, wird für jede Maßnahme noch eine Einzelfallprüfung durchgeführt werden. Eine verkehrsrechtliche Anordnung darf nur durch die Straßenverkehrsbehörde erfolgen, auf Grundlage der RLS 90. In den Maßnahmen wird zudem beschrieben, dass auch die Leistungsfähigkeit sowie die Vereinbarkeit mit der Signalsteuerung fachgerecht geprüft werden. Daher sind die Bedenken der Handwerkskammer, dass solche Maßnahmen die Funktionalität der Verkehrsführung gefährden, unbegründet. Für die Klotzstraße / Hochdahler Straße sind bereits entsprechende Prüfaufträge formuliert, weshalb hier dem Anliegen der Handwerkskammer stattgegeben werden kann.

Zu lärmindernden Asphaltsschichten:

Die Maßnahmen des Einbaus von lärmindernden Asphaltsschichten werden als besonders zielführend erachtet und es wird vorgeschlagen, diesen Maßnahmen eine Priorität einzuräumen. Hierdurch könnte auch auf eine Geschwindigkeitsreduzierung verzichtet und bestehende Einschränkungen aufgehoben werden.

Hierzu wird wie folgt Stellung genommen:

Über den Einsatz von lärmoptimierten Asphaltsschichten auf Straßen in der Baulast des Landesbetriebs Straßenbau NRW, wird laut Stellungnahme des Landesbetriebs fallbezogen erst zu dem Zeitpunkt einer Deckensanierung entschieden. Daher sind weder der Zeitpunkt noch der Einsatz absehbar. Und es muss zunächst davon ausgegangen werden, dass lärmopti-

mierte Asphalte nicht oder nur eingeschränkt zum Einsatz kommen. Geschwindigkeitsreduzierungen sind im Gegensatz hierzu, nach Prüfung, schnell umsetzbar.

Des Weiteren sind Deckschichten in großen Teilen des Plangebietes bereits saniert worden, auf den Einsatz von speziellen läroptimierten Asphalten wurde jedoch verzichtet. Daher kann davon ausgegangen werden, dass eine weitere Sanierung in den nächsten Jahren nicht ansteht. Vor diesem Hintergrund sei auch gesagt, dass insbesondere der von und in vielen Großstädten eingesetzte LOA 5D (Läroptimierter Asphalt) vom Landesbetrieb Straßenbau NRW nicht verwendet wird, bzw. nicht überall technisch angewendet werden kann. Einem generellen Verzicht auf Geschwindigkeitsreduzierungen kann demnach nicht entsprochen werden.

Zu Einsatz von läroptimierten Bussen:

Diese Maßnahme wird begrüßt und es wird darüber hinaus angeregt, bei Neuanschaffungen auf Elektrobusse zurückzugreifen.

Hierzu wird wie folgt Stellung genommen:

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen und an die Rheinbahn bzw. den VRR weitergegeben.

Weitere Maßnahmen:

Die Handwerkskammer schreibt, dass die Maßnahmen in der Klotzstraße, Kirchhofstraße und Hochdähler Straße hinsichtlich städtebaulicher Maßnahmen und Knotenpunktumgestaltung vom Grundsatz her mitgetragen werden. Eine Herstellung eines Kreisverkehrsplatzes wird begrüßt.

Hierzu wird wie folgt Stellung genommen:

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Passive Schallschutzmaßnahmen:

Die vorgeschlagenen Maßnahmen zum Ausbau des passiven Schallschutzes an Wohngebäuden sowie die vorgeschlagene Auflage eines Schallschutzfensterprogrammes durch die Stadt Hilden an ausgewählten Straßen werden ausdrücklich begrüßt. Es werden hierdurch Kooperationsmöglichkeiten mit örtlichen Unternehmen gesehen.

Hierzu wird wie folgt Stellung genommen:

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Die Auflage eines kommunalen Förderprogrammes für Schallschutzfenster war und ist nicht Gegenstand des Lärmaktionsplanes Stufe 2 der Stadt Hilden.

Zukunftsgerichtete Strategien:

Die Auffassung der Gutachter, dass Lärminderung eine kontinuierliche Querschnittsaufgabe ist, wird geteilt und die Strategien werden grundsätzlich mitgetragen. Eine kompakte Stadtentwicklung wird ausdrücklich begrüßt.

Den Strategien zur Straßenraumgestaltung steht man eher kritisch gegenüber, da diese zu vermehrtem Brems- und Beschleunigungsvorgängen führen. Ein Wegfall von Parkflächen im Zuge von Straßenraumgestaltungen kann bei hohem Parkdruck den Suchverkehr erhöhen.

Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass bei Planung und Umsetzung von verkehrsberuhigenden Maßnahmen den Belangen der ansässigen Betriebe Rechnung zu tragen ist. Die Betriebe sollen in die Planungsprozesse eingebunden werden.

Hierzu wird wie folgt Stellung genommen:

Eine Straßenraumgestaltung bedeutet nicht zwangsläufig eine Reduzierung der Leistungsfähigkeit und eine Reduzierung von Parkplatzflächen. Bei einer kontinuierlichen Geschwindigkeit können angesprochene Brems- und Beschleunigungsvorgänge minimiert werden. Die in der Stellungnahme erwähnten Bodenwellen kommen generell auf Hauptverkehrsstraßen nicht zum Einsatz. Eine Straßenraumgestaltung in Zusammenhang mit Geschwindigkeitsreduzierung erwirkt neben der Lärmreduzierung auch positive Synergieeffekte im Bereich Luftreinhaltung, Attraktivierung von Aufenthaltsbereichen, etc.. Die kritische Betrachtungsweise wird zur Kenntnis genommen und in die Abwägung im Planprozess eingebracht.

Der Hinweis, ansässige Unternehmen in die Planprozesse einzubinden, wird zur Kenntnis genommen. Generell werden betroffene Anlieger (insofern auch die Unternehmen) in den Planungsprozessen beteiligt und die Belange berücksichtigt.

1.5 Schreiben der Rheinbahn vom 23.02.2016

Die Rheinbahn weist darauf hin, dass zwischenzeitlich 70% der Busse der Rheinbahn auf dem neuesten technischen Stand sind.

Es erfolgt eine erste Überprüfung der Auswirkungen der in den Maßnahmensteckbriefen vorgeschlagenen Reduzierung der Geschwindigkeit von 50 km/h auf 30 km/h. Die Folge wäre eine zusätzliche Fahrtzeit je Umlauf bis zu 3 Minuten, ggf. könnten Anschlüsse zu S-Bahnlinien nicht mehr gewährleistet werden. Entsprechend müssten Pausen- und Wendezeiten angepasst werden, was zu Problemen in der Pausenzeitenregelung der Linie 741 und der DiscoLinie führen würde. Im Stundentakt müsste ein zusätzlicher Kurs eingesetzt werden. Die Rheinbahn schlägt zwischen der Stadt Hilden und der Rheinbahn ein Gespräch vor.

Zudem wird erläutert, dass eine Verstetigung des Verkehrsflusses zu einer spürbaren Lärmreduzierung führen würde. Dies erfordert eine Grüne Welle für Busse, bzw. eigene Busspuren. Aufgrund von guten Erfahrungen mit anderen Städten bietet die Rheinbahn die Unterstützung bei der Umsetzung solcher Maßnahmen an.

Hierzu wird wie folgt Stellung genommen:

Der Hinweis, dass mittlerweile 70% der Busse auf dem neuesten technischen Stand sind, wird zur Kenntnis genommen und der Bericht dahingehend geändert.

Die von der Rheinbahn eingebrachten ersten Überprüfungen sind größtenteils nachvollziehbar. Da eine Verschlechterung des ÖPNV-Angebotes generell nicht Ziel eines Lärmaktionsplanes sein kann, werden temporeduzierende Maßnahmen zwischen 06:00 – 22:00 Uhr aus

dem Lärmaktionsplan gestrichen. Die Vorschläge zur Temporeduzierung während der Nachtzeiten zwischen 22:00 – 06:00 Uhr bleiben bestehen, da hier nicht von einer Verschlechterung des ÖPNV-Angebotes ausgegangen werden kann.

Demnach werden im Rahmen der in den Maßnahmensteckbriefen vorgesehenen Prüfungen vor Umsetzung der Maßnahmen die notwendigen Abstimmungen mit der Rheinbahn erfolgen, die in der Stellungnahme angeboten worden sind.

Die Anregungen der Rheinbahn wird damit teilweise gefolgt.

1.6 e-mail von Herrn P.Maiwald, Hilden, vom 25. Und 26.01.2016

Herr Maiwald beschäftigt sich in seinem Mails mit dem Vorschlag im Lärmaktionsplan, auf der Hochdahler Straße eine streckenbezogene Geschwindigkeitsbeschränkung auf 30 km/h einzuführen. Die damit verbundene Absicht der Reduzierung des Lärmpegels wird von Herrn Maiwald unterstützt. Die Unterstützung äußert sich u.a. darin, dass er für die Wochenenden (Sa/So) und Feiertage ein ganztägiges Tempolimit vorschlägt.

Darüber hinaus äußert sich Herr Maiwald zu weiteren Lärmquellen, die allerdings nicht Bestandteil einer Lärmaktionsplanung allerdings sind: Tankstellen-Verkehr, Start- und Halte-Vorgänge an Lichtsignalanlagen oder Busverkehr.

Zu den Anregungen wird wie folgt Stellung genommen:

Der Maßnahmensteckbrief für die Hochdahler Straße enthält weiterhin den Vorschlag einer Geschwindigkeitsreduzierung auf 30 km/h in der Nachtzeit zwischen 22.00 und 06.00 Uhr. Ebenfalls im Lärmaktionsplan enthalten ist der Vorschlag, zunehmend lärmarme Linienbusse einzusetzen.

Insofern wird den Anregungen teilweise nachgekommen.

Die übrigen Äußerungen werden zur Kenntnis genommen.

2. Der Rat der Stadt Hilden beschließt aufgrund des § 47d des Bundesimmissionschutzgesetzes – BimSchG – nach Vorberatung im Stadtentwicklungsausschuss den Lärmaktionsplan der Stufe 2 nach EU-Umgebungslärmrichtlinie in der als Anlage zur Sitzungsvorlage vorliegenden Form **mit Tempo 30, aber ohne die Mittelbereitstellung für die Umprogrammierung der Ampeln.**“

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen bei 22 Ja-Stimmen (SPD, Grüne, BA, Bürgermeisterin) gegen 19 Nein-Stimmen (CDU, FDP, Allianz für Hilden, AfD).

5 Haushalts- und Gebührenangelegenheiten

5.1 Solidaritätsumlage

WP 14-20 SV
20/058

Rm. Bartel/ Grüne erwähnte, dass seine Fraktion nach wie vor nicht für eine Klage sei, weil die finanziellen Engpässe der Zahlungsempfänger nachvollziehbar seien.

Rm. Remih/ FDP befürwortete den Gang zum Bundesverfassungsgericht.

Der Rat der Stadt Hilden nahm die aktuelle Entwicklung zur Verfassungsbeschwerde gegen die Solidaritätsumlage und das weitere Vorgehen zur Kenntnis.

6 Anträge

6.1 Antrag der Bürgeraktion Hilden: Sicherung der Bahngleise an der Beckersheide / Breddert

WP 14-20 SV
66/027/2

Nachdem sich alle Fraktionen grundsätzlich für die Errichtung einer Abgrenzung zwischen der öffentlichen Straße Beckersheide und den Bahngleisen der DB ausgesprochen hatten, wurde anschließend während einer 10-minütigen Sitzungsunterbrechung fraktionsübergreifend über die Art der Abgrenzung gesprochen.

Hierbei kristallisierten sich zwei Abgrenzungsvarianten als abstimmungsfähig heraus:

1. Zaun in derselben Höhe wie der auf der gegenüberliegenden Straßenseite stehende
2. Hecke

Bürgermeisterin Alkenings ließ zunächst über diese beiden Varianten abstimmen.

Ergebnis:

Zu 1 „Zaun“: 27 Ja-Stimmen (SPD, Grüne, FDP, BA, AfD, Bürgermeisterin)

Zu 2 „Hecke“ 14 Ja-Stimmen (CDU, Allianz)

Die Fraktion BA modifizierte daraufhin ihren ursprünglichen Antrag dahingehend, die darin geforderten „Schutzplanken“ durch „einen Zaun in derselben Höhe wie der auf der gegenüberliegenden Straßenseite stehende“ zu ersetzen.

Bürgermeisterin Alkenings ließ daraufhin über folgenden, geänderten Antrag abstimmen.

Geänderter Antrag (Änderung fett gedruckt):

Um sowohl dem objektiven, als auch subjektiven Sicherheitsbedürfnis der Verkehrsteilnehmer - insbesondere der Fußgänger und Radfahrer - auf der Straße Beckersheide zu entsprechen, wird die Verwaltung beauftragt, den vormaligen Schutz mit der Installation von ~~Schutzplanken~~ **eines Zaunes in derselben Höhe wie der auf der gegenüberliegenden Straßenseite stehende** entlang der Straße zwischen Fahrbahn und Bahntrasse wiederherzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen bei 27 Ja-Stimmen (SPD, Grüne, FDP, BA, AfD, Bürgermeisterin) gegen 14 Nein-Stimmen (CDU, Allianz).

7 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen

7.1 Mitteilung des Kämmers zum Nachtragshaushalt

Der Kämmerer teilte mit, dass der Nachtragshaushalt genehmigt und die Haushaltssperre aufgehoben worden sei.

7.2 Mitteilung der Bürgermeisterin zur Einladung der Partnerstadt Nové Mesto nad Metují

Die Bürgermeisterin informierte darüber, dass im Jahr 2017 vertragsgemäß der Besuch einer offiziellen Delegation der Stadt Hilden in Nové Mesto nad Metují anstehe. Seitens der Partnerstadt sei hierfür der Zeitraum 25. bis 28. Mai 2017 als geeigneter Termin vorgeschlagen worden. Weitere Informationen per Mail kündigte sie an.

8 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

8.1 Anfrage der AfD: Sauberkeit - Hundekot

Die AfD-Fraktion reichte folgende Anfrage ein:

„Die Sauberkeit in der Stadt ist ein wichtiges Thema, das auch die Presse regelmäßig aufgreift. Dies betrifft nicht nur Kippen, Flaschen und sonstigen Müll. Ein besonderes Ärgernis sind die rücksichtslosen Hundehalter, die die Hinterlassenschaft ihrer Tiere nicht beseitigen; stellenweise trifft dies auch auf Pferde zu.

Da die Verwaltung dieses für die Bevölkerung sehr ernste Problem leider nicht angeht, ist die Politik aufgerufen, die nötigen „Hausaufgaben“ zu machen. Um zielführende Konzepte entwickeln zu können, bedarf es konkreter Informationen über die Faktenlage. Daher haben wir folgende Fragen:

1. *Wie viele Hunde sind in Hilden gemeldet? Ist die Zahl von 3121 aktuell?*
2. *Von welcher Dunkelziffer geht die Verwaltung aufgrund ihrer Erfahrungswerte aus?*
3. *Wo sind Tütenspender aufgestellt?*
4. *Wie häufig werden diese nachgefüllt?*
5. *Aus welchem Material sind die Tüten?*
6. *Wo befinden sich Abfallsammler?*
7. *Wie häufig werden diese geleert?*
8. *Wie hoch wären die Kosten einer DNA-Feststellung bei der Anmeldung des Hundes?*
9. *Werden Pferde in ähnlicher Form bei der Verwaltung angemeldet / gelistet?*
10. *Wie hoch wären die Kosten einer DNA-Feststellung bei der Anmeldung des Pferdes?*
11. *Wie viele Personen werden bei der Stadt Hilden als „Springer“ (Produkt 010804) bezahlt?“*

8.2 Anfrage der BA: Beleuchtung Roter Weg

Die BA-Fraktion reichte folgende Anfrage ein:

„Seit einigen Monaten ist die öffentliche Beleuchtung des "Roten Wegs" im Bereich zwischen Augustastraße und Nordstraße teilweise demontiert und nur partiell notdürftig ersetzt - augenscheinlich ein Provisorium. War die Situation dort während der Sommerzeit noch einigermaßen tolerabel, so entstehen aktuell mit zunehmender Dunkelheit in den Abendstunden gespenstische Zustände,

die die Nutzung des Wegs bedenklich werden lassen.

Wann wird die öffentliche Beleuchtung auf dem Weg instandgesetzt und wieder komplettiert, damit diese Fuß- und Radverbindung in den Hildener Norden wieder gefahrlos genutzt werden kann?

*gez. Ludger Reffgen
Fraktionsvorsitzender“*

Ende der Sitzung: 18:05 Uhr

Bürgermeisterin Birgit Alkenings
Vorsitzende

Geri Schwenger
Schriftführer/in

Gesehen:

Roland Becker
Leiter Team Bürgermeisterbüro